

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erzheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowik mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberöhl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberöhl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerätl. Beirteilung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 78 **Freitag, den 22. Mai 1931** **49. Jahrgang**

Die Abrüstungsfrage vor dem Rat

Curtius begründet den deutschen Antrag — Briand lehnt ab — Zaleski demonstriert

Genf. Der Rat begann eine längere Aussprache über die Frage der Offenlegung des gegenwärtigen Rüstungsstandes aller Länder. Curtius wies darauf hin, daß sich in dieser Frage ein englischer und ein deutscher Antrag gegenüberstünden. Der englische Antrag wurde von Henderson begründet. Er behauptete, es sei unbedingt notwendig, daß die Abrüstungskonferenz gewisse Angaben über den gegenwärtigen Rüstungsstand der einzelnen Länder erhalte und daß diese Angaben auf Grund gleichlautender Fragebogen erfolgen müßten. Curtius begründete sodann den Standpunkt der deutschen Regierung zur Frage der Offenlegung des Rüstungsstandes. Nachdem der Völkerbundsrat im Januar beschlossen habe die Regierungen der an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten zu Mitteilungen über den Stand ihrer Rüstungen aufzufordern, habe sich der deutschen Regierung die Überzeugung aufgedrängt, daß die Aufstellung eines einheitlichen Fragebogens für die Feststellung des Rüstungsstandes unbedingt erforderlich sei, weil sonst die Berichte der einzelnen Regierungen ihrer Ausdehnung und dem Charakter nach so stark voneinander abweichen würden, daß ein sachgemäßer Überblick über den gesamten Stand der Rüstungen nicht zu gewinnen sein würde. Es sei unvorstellbar, daß sich die Abrüstungskonferenz ein feststehendes und zutreffendes Urteil über die notwendige Herabsetzung des Kriegsmaterials der einzelnen Staaten werden bilden können, wenn sie über die vorhandenen Bestände des Kriegsmaterials keinerlei Angaben befinde. Der deutsche Vorschlag schiene daher aus diesem Grunde besser zu sein. Er hoffe daher, daß der Völkerbundsrat die deut-

schen Vorschläge als die geeignete Grundlage für die Offenlegung der Gesamtrüstungen annehmen werde. Briand erklärte sodann, es sei begreiflich, daß die deutsche Politik seit Jahren gegen den Fortgang in der Durchführung der Abrüstungsverpflichtungen protestierte. Die deutschen Vorschläge auf Offenlegung des Rüstungsstandes seien zwar gut, jedoch viel zu gut. Es seien darin Grundzüge enthalten, die im Gegensatz zu den im Abrüstungsausschuß aufgestellten Methoden stünden. Jetzt, wo man kurz vor dem Abschluß der Abrüstungsarbeiten stehe, müsse eben jede neue Verzögerung des Fortganges und eben jede neue Schwierigkeit unbedingt vermieden werden. Er schlage daher vor, die deutschen Vorschläge abzulehnen und die englischen Vorschläge anzunehmen. Der polnische Außenminister Zaleski, der zum ersten Male seine Erklärungen vor dem Rat in polnischer Sprache abgab und damit offenbar gegen die deutsche Verhandlungsführung von Dr. Curtius demonstrieren wollte, lehnte gleichfalls den deutschen Vorschlag ab, da einige Mächte dem Völkerbund nicht angehörten und die Mehrzahl der Mächte im Völkerbundsrat nicht vertreten seien, habe der Rat überhaupt gar nicht die Möglichkeit, eine obligatorische Veröffentlichung des gesamten gegenwärtigen Rüstungsstandes von den einzelnen Ländern zu verlangen. Im Hinblick auf die großen Gegensätze, die sich im Völkerbundsrat zwischen den deutschen und englischen Plänen gezeigt haben, beschloß der Völkerbundsrat, diese Frage auf die Freitagssitzung zu vertagen. Dr. Curtius teilte als Präsident mit, daß in der Zwischenzeit versucht werde, eine Lösung zu finden.



Der Direktor der „Urania“ †
Professor Franz Goerke, der mehr als dreißig Jahre lang die Berliner „Urania“ als Direktor leitete und sie zu ihrer heutigen Bedeutung entwickelt hat, ist im Alter von 74 Jahren gestorben

Angriffe gegen Curtius

Man fordert Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.
Berlin. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ richtet einen Angriff gegen den Reichsaussenminister, dessen Autorität durch die Genfer Vorgänge „gelitten“ habe. Sie begründet diesen Angriff mit der Behauptung, daß der Völkerbundsrat sich vorbehalten habe, auf die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion selbst nach der günstigen Entscheidung des Haager Gerichtshofes noch nach der politischen Seite hin einzugehen. Dazu ist festzustellen, daß von einem solchen Entschluß des Völkerbundsrates nicht die Rede sein kann. Der Rat hat, entsprechend dem britischen Antrage, nichts anderes beschlossen, als die Rechtsfrage dem Haager zu überweisen. Ein Vorbehalt, den deutsch-österreichischen Plan später gegebenenfalls auch noch unter politischem Gesichtspunkte zur Erörterung zu bringen, ist lediglich von einzelnen Gegnern des Planes gemacht worden, ohne daß der Rat dem zugestimmt hätte. Von deutscher Seite ist diesem Versuch der Gegner auf das bestimmteste entgegengetreten worden. Kein Staat kann sich in einer internationalen Erörterung dagegen wehren, daß von anderen Staaten unberechtigte Anträge gemacht und gegen seine Pläne gestellt werden. Hierbei kommt es allein darauf an, solche Bestrebungen zunichte zu machen. Das hat der Reichsaussenminister durch seine wiederholten, mit größter Schärfe abgegebenen Erklärungen erreicht. Nicht durch die Genfer Vorgänge wird die Autorität des Reichsaussenministers beeinträchtigt, sondern durch solche Heußerungen, wie sie die D. A. Z. in einem Augenblick für gut befunden hat, wo der deutsche Vertreter mitten im Kampf für deutsche Interessen steht.

Die Presse zum Angriff auf Curtius

Berlin. Zu dem Artikel der „D.A.Z.“, in dem eine Überprüfung des deutschen Verhältnisses zum Völkerbund und der Rücktritt des Reichsaussenministers Dr. Curtius gefordert wird, nehmen nur weniger Berliner Blätter Stellung. Die Germania kommt zu dem Schluß, daß die Ausführungen der „D.A.Z.“ keinen guten Dienst an der deutschen Sache bedeuteten. Minister Curtius habe in Genf mit anerkanntem Mut und mit aller Schärfe die großen deutschen Interessen vertreten. Die „Völkische Zeitung“ sagt, es bleibe nichts anderes übrig, als den Vorstoß der „D.A.Z.“ als unverantwortlich zu bezeichnen. Der „Vorwärts“ schreibt, Curtius werde im Mai anders aus Genf zurückkehren, als er im Januar von dort gekommen sei. Die deutsche Außenpolitik sei auf bedenkliche Seitenwege geraten und habe in den letzten Wochen nicht gerade glücklich operiert. Der Grund dafür liege aber nach seiner Überzeugung in der Verstärkung des nationalistischen Einflusses. Herr Curtius habe für seine Politik in den letzten Wochen nicht den sozialdemokratischen Beifall. Der „Tag“ stellt fest, so viel sei sicher, daß Chequers mindestens ein völliger Schloß ins Wasser werde, wenn nicht vorher unter die Illusionspolitik der letzten 10 Jahre, als deren letzter Träger Curtius gelten dürfe, ein dicker Strich gemacht und mit dem Irrtum aufgeräumt werde, daß Außenpolitik ein Zivil-

Die Kleine Entente ist unzufrieden

Die französischen Wirtschaftspläne unvollkommen — Große Vorbehalte bei Frankreichs Freunden

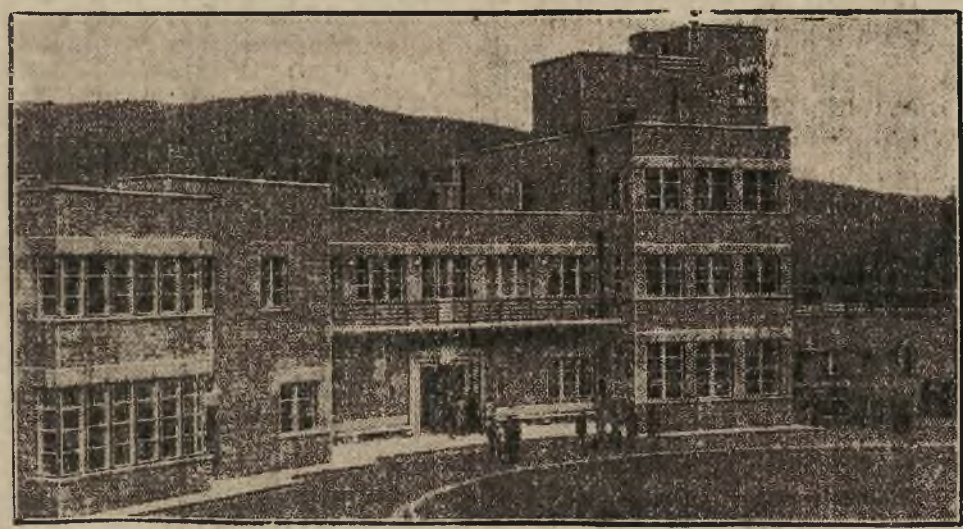
Genf. Zu den bisherigen Verhandlungen des Europa-Ausschusses wird auf deutscher Seite darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftspläne Briands starke Vorbehalte auch bei den Frankreich nahe stehenden Staaten gefunden haben. Insbesondere hat Benesch die Einräumung einseitiger Vorzugszölle für das Deutsche Reich abgelehnt und sich damit gegen den Hauptpunkt der französischen Hilfsmaßnahmen für Oesterreich gewandt. Die Haltung des südlawischen Außenministers Marintowitsch in den letzten Tagen hat, wie verlautet, in den Kreisen der Kleinen Entente vielfach starkes Mißfallen erweckt, da man in seinen Erklärungen vor dem Völkerbund und dem Europa-Ausschuß einen Gegensatz zu dem allgemein von der Kleinen Entente eingenommenen Standpunkt erblickt. Es besteht allgemein der Eindruck, daß trotz scharfer Ablehnung des Zollunion-Gedankens durch Marintowitsch innerhalb der führenden Kreise der Kleinen Entente keine einheitliche Haltung in dieser Frage besteht und daß insbesondere die französischen Pläne sehr geteilte Aufmerksamkeit gefunden haben, obwohl nach außen hin unter dem Druck der französischen Regierung versucht worden ist, eine mit Frankreich übereinstimmende Haltung einzunehmen.

Gravinas Amtsdauer verlängert

Genf. Der Völkerbundsrat hat am Mittwoch in geheimer Sitzung unter dem Vorsitz Dr. Curtius auf Vorschlag des britischen Außenministers Henderson die Amtsdauer des Völkerbundskommissars Gravina um drei Jahre verlängert.

Macdonald vertritt Henderson

Berlin. Während Außenminister Henderson den Vorsitz in der Genfer Abrüstungskonferenz führen wird, wird nach einer Meldung der „Daz“ aus London Macdonald die Leitung des Außenministeriums selbst übernehmen. Man rechnet damit, daß der Vorsitz der Konferenz Henderson während des ganzen nächsten Jahres voll in Anspruch nehmen werde und daß die Vorbereitung der Konferenz vielleicht schon früher die Abgabe der Geschäfte des Außenministers an Macdonald nötig machen könne. Die Austragung des Zollkonfliktes im Herbst dürfte allerdings sicher noch Henderson selbst zufallen.



Eine neue Sommerresidenz des polnischen Staatspräsidenten
ist im Jablontka-Gebirge in Jzlebna gebaut worden. Der Bau ist im Innern auf das Modernste eingerichtet.

